

Dem

Herrn B u n d e s k a n z l e r*hat dem Herrn BK vorgelegen.
27.9.68*Betr.: Heutige Ministerratssitzung in Brüssel

Staatssekretär Lahr teilt folgendes über die Behandlung des Teiles I (Erweiterung) der deutschen Europainitiative mit:

1. Benelux und Italien haben den deutschen Vorschlag unterstützt, ihn jedoch als absolutes Minimum bezeichnet. Frankreich hat starke Vorbehalte.

Ein Auftrag an die Kommission oder die Ständigen Vertreter ist nicht zustande gekommen. Belgien, Italien und die Niederlande haben eine Weiterbehandlung auf politischer Ebene gewünscht. Der Rat wird sich am 4./5.11.1968 weiter mit dem Thema befassen.

2. Die französische Haltung, von Debré mit Schärfe vorgetragen, weicht nach Ansicht von Sts. Lahr in folgenden Punkten ^{deutschen Vorschlag ab} von ~~den Pariser Erklärungen über das Handelspolitische Arrangement ab.~~

Handelspolitisches Arrangement Abweichung von der Pariser Erklärung

- Es besteht ^{nach Debré} kein gedanklicher Zusammenhang zwischen dem Handelspolitischen Arrangement und dem Beitritt. Auch der Hinweis von Bundesminister Brandt auf den Wortlaut des Pariser Kommuniqués ("In der Erwartung, ~~das~~ daß die Erweiterung wird stattfinden können ...") habe Debré nicht zu einer anderen Haltung veranlaßt.
- Alle interessierten europäischen Staaten sollen am Handelspolitischen Arrangement teilnehmen können. - Nach Auffassung von Sts. Lahr ist dies eine unzumutbare Verwässerung.

Kontakte

Debré hat hier sowohl die Arbeitsgruppen zwischen den Sechs und den Beitrittskandidaten wie die Außenministerkonferenz abgelehnt.

*3 d/B ✓**M 31 E**III/1-68003-E-*

Technologie

Aus den Ausführungen Debrés ergab sich eine gewisse Übereinstimmung mit unserem Vorschlag, wenn er sich auch nicht ausdrücklich dazu äußerte, ob und unter welchen Voraussetzungen die ~~XXX~~ Nichtmitgliedstaaten später hinzugezogen werden können.

3. Ein Bericht über die Ratsdiskussion bezüglich des Teils II und III der deutschen Initiative (Innerer Ausbau, Fusion) steht von Sts. Lahr noch aus. Aus anderen Quellen war zu erfahren, daß die französische Haltung bezüglich einer verstärkten Abstimmung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik positiv gewesen sein soll.
4. Sts. Lahr bezeichnete das Ergebnis insgesamt gesehen als "nicht sehr erfreulich". Er schlägt vor, daß der Herr Bundeskanzler Präsident de Gaulle "gut zuredet", mit dem Ziel, daß eine Vereinbarung von Paris vom 16.2. festgehalten wird, d. h.
 - a) der Beitritt auch weiterhin als wünschenswert ~~und~~ bezeichnet und
 - b) der Kreis der Länder nicht zu weit gezogen wird.

Ferner empfiehlt Sts. Lahr, die starre ablehnende Haltung Frankreichs bezüglich der Kontakte aufzulockern.

Meyer

(Dr. Meyer)